

Die amerikanische U-Boot-Tragödie.

In das Unterseeboot wurde Luft gepumpt und zwischen den Tauchern und den Leuten im Torpedoraum durch Klopfzeichen eine Verständigung herbeigeführt. Die Klopfzeichen wurden erwidert und es entspann sich zwischen den Eingeschlossenen und den Tauchern folgende Unterhaltung. Frage von außen: „Ist Sauerstoff vorhanden?“ Antwort von innen: „Nein, Luft ist stidig. Wie lange dauert es noch?“ Auf die weitere Frage der Taucher: „Wieviel seid ihr?“ kam die Antwort: „Wir sind sechs. Bitte, beeilt euch! Wird es noch lange dauern?“ Darauf antworteten die Taucher: „Wir tun alles Mögliche.“

In der Beobachtung rief der Untergang des Unterseebootes begreiflicherweise allergrößte Erregung hervor. Die Bergungsarbeiten wurden schleunigst eingeleitet und zu nächst eine

Markierung der Unfallstelle durch Leuchtbojen durchgeführt. Außerdem wurden von allen Seiten Taucher und Pfehlspontons abgeschickt. Admiral Hughes übernahm von Washington aus persönlich die Organisation des Hilfsverles.

Im Laufe des Tages trafen dann auch noch insgesamt 50 Taucher und neun Marinefahrzeuge an der Unfallstelle ein, um die Hebearbeiten aufzunehmen. Taucher konnten erst nach stundenlangem Suchen die Position des Bracks feststellen, das rund 1650 Meter von der Hafeneinfahrt in etwa

33 Meter Tiefe liegt.

Eine Rettung der in dem gesunkenen Unterseeboot noch lebenden Mannschaft wird sich nur durch Heben des Bootes ermöglichen lassen. Da alle Rettungsarbeiten mit größtem Nachdruck betrieben werden, besteht die Hoffnung, wenigstens einen geringen Teil der Besatzung am Leben zu erhalten.

Nur wenig Hoffnung auf Rettung der 6 Matrosen des S 4.

Die Hoffnung auf Rettung der noch am Leben befindlichen, in dem gesunkenen amerikanischen Unterseeboot S 4 eingeschlossenen 6 Matrosen ist, wie aus New York gemeldet wird, so gut wie aufgegeben worden. Die Versuche, die Eingeschlossenen zu erreichen, mühten sich den Augenblick eingestellt werden, da starker Sturm und eilige Kälte alle Anstrengungen fruchtlos machten. Die bisherigen Feststellungen der Taucher haben ziemlich einwandfrei ergeben, daß von der Besatzung nur noch die 6 im Torpedoraum eingeschlossenen am Leben sind. Aber auch sie haben, wie sie auf die Hammersignale der Taucher antworteten, bereits sehr unter der sich schnell verschlechternden Luft zu leiden und können kaum noch lange aushalten.

Kapitän Ehrhardt bei der Polizei.

Die Untersuchung wegen des Wiking-Bundes. Einige in Magdeburg und in Berlin vorgenommene Hausdurchsuchungen geschahen deshalb, weil der Verdacht aufgetaucht war, der in Preußen verbotene Wiking-Bund bestände heimlich weiter. Die Polizei beschlagnahmte Material und nahm fünf Personen in Haft. Die Verhafteten waren Angehörige des bekannten Kapitän Ehrhardt, dessen Berliner Geschäftsraum ebenfalls einer Durchsuchung unterzogen wurde.

Kapitän Ehrhardt erschien alsbald nach den Verhaftungen freiwillig mit einem Rechtsanwalt bei der Berliner Polizei und bat um Vernehmung. Er erklärte, daß in Preußen Wiking-Gruppen mit seinem Einverständnis oder seinem Wissen nicht mehr beständen. Gegenüber dem in Magdeburg und an anderen Stellen vorgefundenen Material wies Ehrhardt auf seine Befehle und Rundschreiben hin und sagte, daß die Versuche einer Fortsetzung der Verbandstätigkeit lediglich selbständige Handlungen einzelner ehemaliger Wikingler sein könnten, für die er die Verantwortung ablehne. Er bestritt, daß sein Berliner Bureau mit dem Wiking-Bund in Verbindung stehe. Dieses habe nur den Zweck gehabt, Arbeiten für den Stahlhelm zu leisten. Nach der Vernehmung Ehrhardts wurden die verhafteten Persönlichkeiten auf freien Fuß gesetzt.

Mittlerweile soll in Magdeburg in der Wiking-Affäre ein Verfahren auf Grund des Republikstchutzgesetzes gegen eine Anzahl Personen eingeleitet sein.

Begegnung Coolidges mit Calles?

In Mexiko City verlautet, daß angesichts des Stimmungsumschwungs zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko auch Calles plant, an der panamerikanischen Konferenz in Havana im Januar persönlich teilzunehmen. Das würde die Wichtigkeit der Konferenz noch vergrößern, da dadurch Gelegenheit zur persönlichen Aussprache zwischen Coolidge und Calles gegeben ist.

Noch keine Entscheidung über Neuwahlen in Hamburg.

Hamburg, 20. Dezember. Die heutige Sitzung des Hamburgischen Senats hat zu keinem positiven Beschluß geführt. Der Senat wird nunmehr dem Präsidenten der Bürgerchaft die Entscheidung des Staatsgerichtshofes mitteilen und es der Bürgerchaft überlassen, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Die Mitwirkungsfrage der Bürgerchaft wird jedenfalls den Verlauf nehmen, daß Präsident Noß die Mitteilung des Senates zur Kenntnis gibt und anschließend daran erklärt, daß die Bürgerchaft sich als aufgelöst zu betrachten habe, oder aber es wird ein Antrag angenommen, nach welchem die Bürgerchaft sich auflöst.

Verhaftung eines französischen Spions.

Cannstatt. In Cannstatt wurde ein französischer Spion, der sich vor Monaten an einen Reichswehrgefreiten herangemacht und von diesem zum Schein Material erhalten hatte, bei einer Zusammenkunft mit dem Gefreiten in einer Wirtshaus verhaftet. Eine mitbeteiligte Frauensperson konnte sich, wie die „Cannstatter Zeitung“ berichtet, durch Flucht der Verhaftung entziehen. Mit Hilfe eines beschlagnahmten Briefes gelang es auch, die Deckadresse einer in Karlsruhe lebenden Mittelperson herauszubekommen und weiter die Adressen von sieben beteiligten Personen in München, und den Zusammenhang dieser Affäre mit einem schon seit fünf Jahren in Ludwigshafen bestehenden französischen Zentralbureau für Spionage aufzuklären. Der Verhaftete ist ein Offizier namens Krant.

Politische Rundschau Deutsches Reich

Die 26prozentige Reparationsabgabe.

Bekanntlich sind seit einiger Zeit Verhandlungen im Gange, um einen Fortfall der 26prozentigen Reparationsabgabe auf deutsche Waren bei Einfuhr nach Frankreich und England zu erzielen. Dem Vernehmen nach werden von englischer Seite kaum Einwendungen gegen die Aufhebung der Abgabe erhoben. Dagegen zeigt Frankreich bisher wenig Neigung, sich dem englischen Beispiel anzuschließen. Jedoch hofft man, schließlich auch diesen Widerstand überwinden zu können.

Dr. Stresemann vor dem Auswärtigen Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit den Ergebnissen der Genfer Verhandlungen. Zu Beginn der Aussprache gab Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann eine ausführliche Darstellung aller Angelegenheiten, die bei der Genfer Zusammenkunft Grundzüge der Besprechungen gewesen waren. Graf Bernstorff sprach über den Stand der Abrüstungsfragen, bei denen er in Genf als deutscher Vertreter beteiligt war. Eine längere Aussprache schloß sich an.

Wahlpolitik des Zentrums.

In einer von der Hessen-Rassauischen Arbeitsgemeinschaft der Zentrumsparthei abgehaltenen Versammlung sprach Reichstagsabgeordneter Zoos über die Gegenwarts- und Wahlpolitik. Neuwahlen mühten im Frühjahr stattfinden, weil die Regierungsparteien nicht länger zusammenhalten würden. Das Zentrum habe an dieser Koalition keine ungemischte Freude erlebt und sie werde nicht zum Dauerzustand werden. Das Zentrum gebe frei und ungebunden in den Wahlkampf und trete für eine große Koalition ein als der einzigen Möglichkeit zur Sicherung des Friedens und der Gerechtigkeit nach innen und außen.

Nordamerika.

X Friedensspatverhandlungen mit Frankreich. Vor einiger Zeit hat der französische Außenminister Briand Fühler nach den Vereinigten Staaten ausgestreckt zwecks Schaffung eines gegenseitigen Friedenspaktes. Diese Bemühungen haben jetzt zu einem gewissen Erfolg geführt. Staatssekretär Kellogg hat die Verhandlungen über den Briand'schen Entwurf durch die Überreichung einer amerikanischen Antwort vorläufig abgeschlossen. Der Entwurf der Vereinigten Staaten verpflichtet die vertragsschließenden Nationen, keinesfalls einander anzugreifen, Krieg zu erklären oder Truppen in des Vertragspartners Hoheitsgebiet zu entsenden, sieht aber ausdrücklich das Recht der Verteidigung im Falle eines Angriffs vor. Der zweite Abschnitt bestimmt, daß politische Differenzen dem Schiedsverfahren unterworfen werden sollen. Es wird in Washington besonders betont, daß der Vertragsentwurf keine Sonderbestimmungen enthalte, welche nur auf Frankreich allein anwendbar sind, sondern daß im Rahmen dieses Vertrages die Vereinigten Staaten auch mit den übrigen Nationen Patentverhandlungen einzuleiten bereit seien.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Eine Meldung, wonach die deutsch-griechischen Handelsvertragsverhandlungen abgebrochen seien, bestätigt sich nicht. Es ist nicht einmal von einer Vertagung etwas bekannt.

Berlin. Das Reichswehrministerium hat für Generale die Anrede „Erzellenz“ abgeschafft. Diese werden fortan mit Herr General angeredet.

Kreuzfeld. Die Regierung hat infolge des Urteils des Staatsgerichtshofs gegen die Wahlbeschränkungen den Landtag von Mecklenburg-Strelitz aufgelöst. Neuwahlen finden am 28. Januar statt.

Bremen. Das Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins, „Deutschland“, ist am 17. Dezember wohlbehalten in Kapstadt eingetroffen. Es wird am 2. Januar die Heimreise über St. Helena antreten und voraussichtlich Mitte März auf der Weser eintreffen.

Jerusalem. Bei einem Zusammenstoß zwischen jüdischen Arbeitern mit der englischen Polizei in Betach Eitwah wurden viele Arbeiter, darunter vier Frauen, verwundet. Es wurden 17 Verhaftungen vorgenommen.

Permischte Nachrichten aus aller Welt.

Schwere Folgen eines Trinkgelages mit gestohlenem Holzpilatus.

Stockholm, 19. Dezember. Schwere Folgen hatte ein Trinkgelage, das Arbeiter einer Zellulosefabrik mit gestohlenem Holzpilatus veranstalteten. Acht Arbeiter sind schwer erkrankt. Zwei davon sind bereits gestorben, mehrere andere sind erblindet.

Mysteriöser Vorfall in einer südlawischen Gendarmestation.

Belgrad, 20. Dezember. Wie aus Monastin gemeldet wird, sind in der Gendarmestation Drenovo zwei Gendarmen tot und zwei andere schwer verletzt aufgefunden worden. Wie verlautet, soll es sich um eine Bombenexplosion handeln. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Start zum Indochinaflug.

Paris. Das Militärflugzeug „Georges Guynemer“ ist vom Flugplatz Le Bourget zu seinem Flug nach Hanoi in Indochina gestartet. Die erste Etappe ist Alben. Wahrscheinlich erfolgt in Rom eine Zwischenlandung. Die Besatzung besteht aus zwei Offizieren und drei Unteroffizieren, denen eine elektrisch getriebene, mit drei Schlafstätten versehene Kabine zur Verfügung steht. Das Flugzeug war beim Start 5600 Kilogramm schwer. Seine 2000 Liter Benzin geben ihm einen Aktionsradius von 2300 Kilometern oder 16 Flugstunden.

Ernennung neuer Kardinele.

Rom. Der Papst hielt ein Geheimes Konsistorium ab, in dem zu Kardinalen ernannt wurden: der Apostolische Visitator in Ostindien Lepicier, der Erzbischof von Quebec Rouleau, der Erzbischof von Befancon Vinet, der Erzbischof von Toledo Segura y Saenz und der Erzbischof von Gran Szerevdi. Der Papst hielt eine kurze Ansprache, in der er der hochverdienten verstorbenen Erzbischöfe und Mitglieder der Kurie gedachte. Eine Reihe trauriger und glücklicher Ereignisse, so führte er weiter aus, verdienen wohl noch gewürdigt zu werden, jedoch werde die Gelegenheit, darüber zu reden oder zu schreiben, sich leicht bieten. Ein weiterer, nicht leichter Verlust sei durch den Rücktritt des Kardinals Vill. zu verzeichnen, der wieder in die Gesellschaft Jesu eingetreten sei. In seinem Rücktrittsschreiben habe der Kardinal so tiefe Gründe und so schwerwiegende Umstände dargelegt, daß er nach eingehenden Überlegungen und Gebeten das Rücktrittsgesuch annehmen zu müssen geglaubt habe. Der Papst kündigte schließlich an, daß die Ernennung einer weiteren Reihe von Kardinalen bevorstehe, um diese Verluste auszugleichen.

Sächsisches.

Die nächste Landtagsitzung.

Dresden, 19. Dezember. Die nächste Plenarsitzung des Landtages findet heute, Dienstag, mittags 1 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die Schlussberatung über das Beamtenbesoldungsgesetz und die damit zusammenhängenden Vorlagen und Anträge.

Die Besoldungsreform vom Ausschuss verabschiedet.

Dresden. Am Sonnabendmittag wurde die Besoldungsreform und das Beamtenruhestandsgesetz im Besoldungsausschuss des Landtages in zweiter Lesung verabschiedet. Am Schluß der Sitzung dankte Finanzminister Weber dem Ausschuss für die schnelle Arbeit, die er geleistet habe, und teilte mit, daß die Vorbereitungen für die Auszahlung der erhöhten Gehälter soweit getroffen seien, daß sofort nach Verabschiedung der Vorlage im Plenum — voraussichtlich Dienstag oder Mittwoch — die Beamten in den Besitz des Geldes kommen werden.

Die Besoldungsvorlage auch im Haushaltsausschuss angenommen.

Wie der Haushaltsausschuss B, der vormittags tagte, beschloß, tagte am Montagmorgen auch der Haushaltsausschuss A des Landtages mit dem Nachtrag zum Staatshaushaltplan für 1927, der die Deckung der Ausgaben für die neue Besoldungsordnung vorsieht. Mit Ausnahme des Kap. 33, Polizei, wurden sämtliche Kapitel genehmigt. Zu dem Kap. 33 wurde ein Antrag der Koalitionsparteien angenommen, diese Einstellung vorbehaltlich der endgültigen Einstellung im Stellungenplan, zu genehmigen und die Zahlungen als Vorauszahlungen zu betrachten. Die Ministerialzulagen wurden im allgemeinen um 300 Mark herabgesetzt. Gestrichen wurden fünf Ministerialratsstellen. Ein von bürgerlicher Seite gestellter Antrag, auch einen sechsten Ministerialratsposten, und zwar im Volksbildungsministerium, zu streichen, wurde mit den Stimmen der Linksparteien und der Demokraten abgelehnt. Im übrigen wurden weitere wesentliche Änderungen nicht mehr vorgenommen. Die Oppositionsparteien erklärten, sich ihre endgültige Stellungnahme zu der ganzen Vorlage für die Plenarsitzung am Dienstag vorzubehalten.

Besoldungs-Zwischenregelung für die Gemeindebeamten.

Wie aus Dresden gemeldet wird, ist für die sächsischen Gemeindebeamten eine besondere Zwischenregelung der Besoldungsverhältnisse beschlossen worden. Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hat in seiner Sitzung vom 10. d. M. mit Rücksicht darauf, daß auch den sächsischen Gemeindebeamten noch vor dem Feste wenigstens eine weitere Abschlagszahlung auf die ihnen seit dem 1. Oktober d. J. zustehenden erhöhten Gehaltsätze in die Hand gegeben werden möchte, beschlossen, den Mitgliedsgemeinden allgemein zu empfehlen, ihren Gemeindebeamten und Angestellten noch vor Weihnachten einen Monatsvorschuß, und zwar den an sich erst im März nächsten Jahres fällig werdenden Monatsvorschuß in Höhe der seit dem 1. Oktober 1927 den Beamten gewährten monatlichen Gehaltszuschüsse auszuzahlen.

Dr. Schulze Präsident des Landesamts Sachsen.

Dresden. Dem U.-Sachsendienst wird aus Berlin gemeldet: Der Reichspräsident hat nach Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und den obersten Landesbehörden die Präsidenten der Landesamtsämter ernannt, und zwar für den Bezirk Sachsen den Amtshauptmann von Dresden-Land Dr. Schulze.

Die ostsächsischen Landwirte gegen die Kommunalisierung der Milchverförgung.

Am 24. November haben die Dresdner Stadtverordneten gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftsgenossen beschlossen, einen städtischen Milchhof auf gemischt-wirtschaftlicher Grundlage zu errichten. Dieser Beschluß soll bis zum 1. April 1928 durchgeführt sein. Der sozialdemokratische Antragsteller war offen genug, rund heraus zu sagen, daß die Sozialisten mit diesem Antrage nichts Anderes als die Kommunalisierung der Milchverförgung bezwecken. Außerdem ist bekannt, daß der ganze Plan im wesentlichen im Interesse des großen Konsumvereins „Vorwärts“ gemacht wurde, der der Nutznießer der ganzen Aktion werden soll.

Die aus der Landbewegung bekannten landwirtschaftlichen Führer waren aber sofort auf dem Plane und berieten in mehreren Sitzungen die Notwendigkeiten zur Wahrnehmung der Erzeugerinteressen der Landwirtschaft. Das Ergebnis war eine Interessengemeinschaft mit den bereits bestehenden Milchorganisationen in Dresden, die durch die Gründung einer Genossenschaft, in der beide Parteien zusammengeschlossen sind, eine festere Form erhalten soll. Die Zustimmung der mittel- und ostsächsischen Landwirtschaft zu diesem Plan erhielten die vorbereitenden Herren in einer imponierenden Versammlung, die dieser Tage im größten Saal Dresdens, dem des Vereinshauses an der Zinsendörferstraße, stattfand. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt, und die Aussprache offenbarte mit erfreulicher Deutlichkeit, daß die Landwirte die Gefahr der Stunde erkannt und zu geschlossener Abwehr bereit waren. Generalsekretär Dr. Krehshmar trug den Sachverhalt für die geplante Genossenschaft vor, worauf deren Gründung unter dem Namen „Milchverwertungsgenossenschaft Ostachsen“ erfolgte. In den Vorstand wurden gewählt: Hönig-Hintergersdorf, Welsch-Oberhälski, Dr. Claus-Kennersdorf; in den Aufsichtsrat Bösch-Bräunsdorf, Kaiser-Grumbach, Schuch-Meuegast, Winkler-Wurgwitz, v. Lippe-Helfenberg, Hermann-Gorbis, Müller-Großharthau, Stärker-Seifchen, Günther-Bühlau bei Stolpen.

Zur Dammbuchkatastrophe in Wöhlen.

Der zur Untersuchung der Ursachen der Dammbuchkatastrophe in Wöhlen eingesetzte Landtagsausschuss trat am Montag zu einer Sitzung zusammen, in der zunächst an Stelle des durch Krankheit verhinderten bisherigen Vorsitzenden, des Deutschnationalen Berg, der Vizepräsident des Landtages, Abg. Dr. Ehardt, zum Vorsitzenden gewählt wurde. Sodann wurde noch beschlossen, noch einen dritten Sachverständigen zu hören, weiter, von der Regierung Auskunft zu verlangen, welche Entschädigungen bisher ausgezahlt wurden und welche Ergebnisse die staatsanwaltschaftliche Untersuchung bis jetzt gezeitigt hat.

Pause im Luftpostverkehr zur Weihnachtszeit.

Berlin. Wegen Einstellung des Flugdienstes vom 24. bis 26. Dezember ruht außergewöhnlich auch der Luftpostverkehr an diesen Tagen. Es verkehren daher keine Luftposten vom 24. bis 26. Dezember. Am 31. Dezember wird der Luftpostverkehr wie an den übrigen Werktagen durchgeführt.